



Karin Strenz MdB

## Brief aus Berlin (32)

Ihre direkt gewählte Bundestagsabgeordnete

Liebe Leser,

mit meinem „**Brief aus Berlin**“ informiere ich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis regelmäßig über die Arbeit im Deutschen Bundestag. Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

### 30 Jahre Friedliche Revolution



(Quelle: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de))

Die Friedliche Revolution gehört ohne Zweifel zu den wichtigsten politischen Wegmarken Deutschlands seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Seit 30 Jahren leben wir in einem **vereinten** Deutschland. Für die jüngeren Generationen ist dies schon eine lange Zeit, aber viele, die das geteilte Deutschland wie ich bewusst miterlebt haben, erinnern sich noch immer sehr gut an die Mauer, den Schießbefehl und Stacheldraht. Vor 30 Jahren haben die Menschen in Ostdeutschland die friedliche Revolution eingeleitet, die schließlich im November 1989 zum Fall der Berliner Mauer führte.

Es ist uns wichtig, die friedliche Revolution in der DDR vor 30 Jahren mit einem Antrag zu würdigen. Fakt ist: Die Vollendung der inneren Einheit und die mahnende Erinnerung an das SED-Unrecht ist ein sehr wichtiges Anliegen, das tief in den Köpfen der Menschen verankert ist.

„30 Jahre Mauerfall“ ist nun wahrlich ein Anlass zur Freude. Dass wir heute ein Deutschland miterleben dürfen, das in Freiheit und Frieden vereint ist, das haben wir in großem Maß natürlich Helmut Kohl zu verdanken, der die historische Chance erkannt und gehandelt hat und zu Recht als „Kanzler der Einheit“ in die Geschichte eingegangen ist.

Am 3. Oktober 1990 war die DDR endgültig Geschichte und eine vereinte Bundesrepublik Deutschland trat auf die Bühne der Welt. Dieses Jubiläum ist ein ganz besonderer Anlass, um sich zu erinnern, aufzuarbeiten und den Prozess der inneren Einheit in Deutschland voranzubringen. Im Koalitionsvertrag wurden aus diesem Grund unter anderem die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur und die Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechtsregimes festgehalten.



(Quelle: [www.pixabay.de](http://www.pixabay.de))



[www.strenz.de](http://www.strenz.de)





Karin Strenz MdB

## Brief aus Berlin (32)

Ihre direkt gewählte Bundestagsabgeordnete

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben wir bereits viele wichtige politische Entscheidungen getroffen. Dazu gehören beispielsweise die Verabschiedung des Stasiunterlagengesetzes, die Schaffung der Stasiunterlagenbehörde, die Einführung einer SED-Opferrente oder die Schaffung des DDR-Heimkinderfonds, um nur einige Initiativen zu nennen. Es steht für mich außer Frage, dass Menschen, die in der SED-Diktatur Unrecht erfahren haben, individuell und nach allen zur Verfügung stehenden Mitteln geholfen werden muss. Ein sehr wichtiger Auftrag der Politik ist es, dass Erinnerung, Aufarbeitung und Wiedergutmachung auch nach 30 Jahren nicht an Bedeutung für unsere Gesellschaft verlieren.

### Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch

Allein die Zahl von mehr als 50.000 Ermittlungsverfahren im vergangenen Jahr wegen Sozialversicherungsbetrugs, unterschrittener Mindestlöhne und organisierter Schwarzarbeit zeigt, wie wichtig die Aufgabe des Zolls ist, der mit seiner Arbeitseinheit „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ (FKS) einen Milliarden Schaden für den Staat verhindert hat. Um noch stärker gegen illegale Beschäftigung und Betrug bei Sozialleistungen vorzugehen, wurde in dieser Woche im Deutschen Bundestag eine deutliche Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit beschlossen.



(Quelle: [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de) - picture alliance/ dpa)

Besonders in Bezug auf die folgenden Fälle werden die Aufgaben des Zolls erweitert:

- Scheinarbeit oder vorgetäuschte selbständige Beschäftigung
- Arbeitsausbeutung und damit verbundener Menschenhandel
- Angebote von Schwarzarbeit in Zeitungen, Zeitschriften und Online-Plattformen

Der Zoll erhält bis 2030 insgesamt 4.360 zusätzliche Arbeitsstellen, wodurch die personelle Ausstattung der Verwaltung deutlich ausgebaut wird.

Es ist leider traurige Gewissheit, dass es auch beim Kindergeld Missbrauchsfälle gibt. Es geht hier insbesondere um Fälle, in denen aufgrund gefälschter Dokumente und Scheinarbeitsverträgen unberechtigt Kindergeld gezahlt wird. Diese Zahlungen kommen dabei nicht den Kindern zugute, sondern meist kriminellen Banden. Die Familienkasse erhält nun künftig mehr Möglichkeiten, um den Missbrauch im Kindergeldbezug einzudämmen, indem sie laufende Kindergeldzahlungen in begründeten Fällen zeitweise einstellen kann.

In diesem Sinne,  
Eure Karin Strenz



[www.strenz.de](http://www.strenz.de)

